

# Südwestdeutsche Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Südwestdeutsche Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis jährlich 2.40 M., monatlich 60 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon: Nr. 823.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschossige Befohle oder deren Raum 25 Pf., Verhandlungs-, Arbeits- und Wohnungsangebote 15 Pf., auswartige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46.

Freitag, den 23. Februar 1917.

24. Jahrg.

## Arbeit für den Reichstag.

Von Otto Hue.

Dem Vernehmen nach sollen dem Reichstag kurz nach seinem Zusammentritt sehr bedeutende Steuervorlagen zugehen. Es ist zu erwarten, daß auch diese Steuern, wie fast alle 1909 beschlossenen und die 1916 eingeführte Warenumsatzsteuer empfohlen werden, auch mit dem Begründung, es würden die „leistungsfähigen Schultern“ getroffen, die Steuern hätten mithin keinen antisozialen Charakter. Ich meine noch zu hören, wie damals im Reichstag Befürworter des Steuerbündels sozusagen ihre Seligkeit darüber verschworen, daß die empfohlenen Steuern und Abgaben die wirtschaftlich schwächeren Schichten des Volkes nicht belasten würden. Wie aber ist es gekommen? Wie ist es mit den praktischen Beispielen zu erläutern, dürfte gerade mit Rücksicht auf die angekündigten Reichsteuervorlagen geboten sein?

In der Haushaltungskommission des preußischen Landtags brachte Schreiber dieses bei der Beratung des Handels- und Gewerberats folgende Tatsachen zur Sprache:

Die Warenumsatzsteuer sollte wenigstens der Behauptung ihrer Befürworter zufolge keine Belastung der zahlenschwächsten Volkschichten sein. Das ist, entgegen den Befürchtungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die breite Volksmasse allein werde diese Steuer zu tragen haben, aufrechterhalten worden, auch in der Presse. Die Sozialdemokraten im Reichstage haben trotzdem gegen die Steuer gestimmt und die Praxis zeigt, daß unsere schlimmsten Befürchtungen übertraffen wurden. Beispielsweise hat das Berliner Elektrizitätswerk Süd-West nicht nur seinen Abnehmern die Warenumsatzsteuer bei den Verträgen, die vor dem 1. Oktober 1916 abgeschlossen waren, nachträglich aufgerechnet, wozu das Gesetz (Artikel V) berechtigt, sondern auch einem Abnehmer, der sich weigerte, diese Nachtragsforderung anzuerkennen, geschrieben, von dieser Steuerabwälzung werde unbedingt Gebrauch gemacht, und:

Auch die von Ihnen event. beabsichtigte Kündigung des Vertrages würde nicht zu dem gewünschten Ziel führen, da wir neue Verträge nur unter der Bedingung eingehen, daß vom Stromabnehmer eine Anerkennung bezüglich Übernahme des auf die Jahreslieferung entfallenden Warenumsatztempels ausgesprochen wird.

Demnach wählt dieses Werk — und es füher nicht allein — grundsätzlich die Umjahrsteuer auf die Stromabnehmer ab, als welche letzten Endes auch zahlreiche kleine Verbraucher (Haushaltungen) in Betracht kommen. Ein solcher Zwang zur Steuerübernahme kann natürlich dort am leichtesten schematisch durchgeführt werden, wo als Verkäufer am stärksten kartellisierte Firmen in Betracht kommen. Das ist bekanntlich in der Elektroindustrie nicht zuletzt der Fall.

Je größer die wirtschaftliche Macht und die einheitliche Syndikierung der Warenvertreter ist, je mehr die fraglichen Waren als absolut notwendige Wollbedarfsartikel anzusprechen sind, um so hoffnungsloser ist der Widerspruch der Konsumanten gegen die Steuerabwälzung. Das tritt markant in dem Handel mit mineralischen Brennstoffen (Kohle, Rohöl, Blei) in Erscheinung. Der Verband der Vereine selbständiger Kohlen- und Holzhändler in Berlin teilte dem „Vorwärts“ mit, die Vereinsmitglieder müßten zunächst die Warenumsatzsteuer bei der Kohlenabnahme von den Großhändlern (alles Mittelpersonen, deren Werteskonditrate zahlen, dann noch als die Steuer vom eigenen Umsatz entrichten). Daher der Name „selbständige Händler“. Diese zweimalige Besteuerung der selben Ware wird selbstredend dem Konsumen ten ausgeholt in Form erhöhter Verkaufspreise. Der neue Lieferungsvertrag des Niederlausitzer Bleihydrikats enthält den Passus:

Werden den liefernden Werken oder dem Syndikat Kosten durch behördliche Anordnungen auferlegt oder bestehende erhöht, so erhöhen sich die Verkaufspreise dementsprechend.

In den Lieferungsbedingungen des Preisverbandes Mitteldeutscher Braunkohlenwerke heißt es unter Ziffer 15:

Werden den liefernden Werken während der Dauer des Verbandsabgabes, Steuern oder sonstige Kosten durch behördliche Anordnungen auferlegt oder bestehende erhöht, so erhöhen sich die Verkaufspreise entsprechend.

Sinngemäß, manchmal fast wörtlich, übereinstimmend lauten die Lieferungsverträge der kartellierten Werke in allen deutschen Grubenbezirken, soweit ich Einsicht erlangen konnte. Augenscheinlich liegt eine Vereinbarung der Unternehmenssyndikate vor und ich bin gewiß, daß sie nicht nur unter den Bergwerksbesitzern, sondern auch unter den kartellierten Eisen- und Stahlindustriellen, den chemischen Fabriken usw. getroffen ist.

Der Minister für Handel und Gewerbe erklärt diese Vorhaltungen, die Steuerabwälzungen wider dem Willen noch dem Sinne des Gesetzes betrifft, die Warenumsatzsteuer, sie seien vielmehr in die-

sem Gesetz gestattet, wie ja beispielsweise in dem Biersteuergesetz von 1909 eigens ein Passus geschaffen sei, der den Brauereien die Steuerabwälzung ermöglichte! (Bei der Beratung dieses Steuergesetzes wurde das wohlweislich zu verdunkeln gesucht.) Die Steuer solle nicht als Produktionssteuer wirken, außerdem sei kein Gesetz vorhanden, das die Abwälzung von Steuern durch Vertrag verbiete. Diese Abwälzung sei auch nicht als unmoralisch anzusehen. Diese ministerielle Erklärung wird erst voll verständlich, wenn man weiß, daß es auch in den Verkaufs- und Lieferungsbedingungen der oberösterreichischen Staatsgruppe heißt:

Frachtbrie- und Konnossementsstempel, sowie alte Steuern, die durch Reichs- oder Landesgesetz eingeführt werden (1) und den Verkäufen belasten, hat der Empfänger zu tragen ...

Alo wählte auch das fiskalische Handelsbüro die gegenwärtigen und die zukünftigen steuerlichen Lasten auf die Konsumenten ab. Der Tabakstand der Systematichen Abwälzung steuerlicher Belastung namentlich durch die im monopolistischen Besitz der Produktionsmittel befindlichen wirtschaftlich Stärksten auf die wirtschaftlich schwächeren Verbraucher steht also fest. Fest steht ferner, daß dieses der Ressortminister des führenden deutschen Bundesstaates als zu Recht bestehend, nicht gegen die guten Sitten verstörend, verteidigt. Das wird der Reichstag bei der Beratung der neuen Steuervorlagen, unter denen sich auch eine Kohlenumsatzsteuer befindet, zu berücksichtigen haben.

Aber noch viel mehr! In allen mir bekannten Lieferungsverträgen von Werts- oder Händlerkartellen wird bestimmt, daß die Erfüllung des Vertrages unterbrochen oder der Vertrag überhaupt nichtig ist, wenn Betriebsstörungen, Betriebs einschränkungen, Wagen- und Arbeitermarkt, Arbeiterstreiks oder Ausperrungen, gleichviel ob mit oder ohne Kündigung des Arbeitsvertrages, weiter wenn Mobilisierung und Kriegsfall eintreten. Entweder wird nur „im Verhältnis“ des Produktionsausfalls gesehert, oder die Lieferung wird eingestellt und ein neuer Vertrag geschaffen, wobei Preise erhöhung vorbehalten sind! Als die Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn erfolgt war, haben laut „Berl. Tageblatt“ die im Förder- und Verkaufsverband der Zwicker und Lügau-Osnabrück Steinholzengruben kartellierten Werke bestimmte laufende Verträge für nichtig erklärt mit Berufung auf die Kriegsflasche; sie erklärten sich aber bereit, weiter zu liefern, wenn die Abnehmer pro zehn Tonnen 30 Mark mehr zahle wollten! Das mußten sie selbstredend, wenn sie beliebt werden wollten. Der Kriegszustand zwischen Deutschland und Italien trat bekanntlich viel später ein. Wie konsequenterisch die Kriegsklausel sein kann, sieht man an diesem Beispiel.

Unmittelbar noch berührt unser Wirtschaftsleben die Streik- und Aussperrungsklausel. Gleichgültig ob der Streik oder die Aussperrung nach vorhergegangener Kündigung des Arbeitsvertrages oder ohne sie eintritt, der Lieferungsvertrag ist gestundet oder aufgehoben, außer alle Fälle sind dann Preiserhöhungen vorbehalten!

Wenn es also eine Unternehmerschaft für geboten erachtet, auch den bestreitenen, von der ganzen öffentlichen Meinung gebilligten Arbeitersforderungen ein unbedientes „Nein!“ entgegenzulehnen und die Arbeiterschaft legt die Arbeit nieder, dann ist die Unternehmerschaft nicht nur gegen Konventionalstrafe wegen Nichterfüllung der Lieferungsverträge gefüchtet, sondern kann auch diese Gelegenheit zu Preiserhöhungen benützen! In der modernen Wirtschaftsgeschichte ist aber auch der Fall selten, wo die Unternehmerschaft Aussperrungen vornahm, um die gesetzlich berechtigte Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Auch die Kosten dieses Verfahrens haben gemäß der Aussperrungslaufzeit in den Lieferungsverträgen die Warenverbraucher zu tragen! Ja, der Fall ist nicht nur denkbar, sondern in Amerika wirklich geworden, daß eine Unternehmerschaft Streiks provoziert und Aussperrungen vornimmt, um neue Lieferungsverträge mit höheren Preisen zu erhalten!

Wenn man nun gewisse Vorhänge in unserer starkkartellisierten Großindustrie beobachtet, wenn man beispielsweise weiß, daß der Jahresbericht eines großen deutschen Industrieverbandes „mit Besorgnis“ von der Ausweitung, die den Gewerkschaften auch von Reisern seitens „Autokratie“ spricht und „Schwere Arbeitskonflikte“ nach dem Kriege in Aussicht stellt, so kann man sich leicht vorstellen, welche weittragende sozialwirtschaftliche Bedeutung gerade die Streik- und Aussperrungsklausel in den Lieferungsverträgen der mächtig kartellierten Großindustrie besitzt.

Da ist eine hochwichtige vorbeugende Arbeit von dem Reichstag zu leisten. Diese Vorbeugungsarbeit ist eine dringliche Notwendigkeit. Sie hängt eng zusammen mit der Notwendigkeit, die Konsumen zu sichern.

vor der systematischen Abwälzung von Steuern und sonstigen Abgaben durch kartellisierte Wertsbesitzer und Händler, denen es vermöge ihrer günstigen Vermögenslage am leichtesten ist, die erforderlichen Reichs-, Staats- und Gemeindeunterschüsse zu decken.

## Bom Tage.

Die englischen Erfundungsvorläufe und Patrouillenunternehmungen der letzten Tage standen unter einem unglücklichen Stern. Sämtlich endeten sie ergebnislos. Unter besonders schweren Verlusten brach der englische Vorstoß südlich Armentieres zusammen. Schon am frühen Morgen des 21. Februar bereitete planmäßiges sehr lebhaftes Feuer eine feindliche Unternehmung vor. Der von etwa einem englischen Bataillon mit Maschinengewehren unternommene starke Angriff fand uns völlig bereit. Der Gegner wurde deutscherseits bis zum zweiten Graben durchgelassen, sodann durch energisch geführte Angriffe von vorn und beiden Seiten umfaßt und nach heftigen Nahkämpfen zurückgeworfen. Die Engländer liegen allein in den Gräben — wie gemeldet wurde — 200 Tote zurück. Der vorderste Graben wurde hierauf wieder befreit. Die Stellung ist restlos in deutscher Hand. Die deutschen Verluste sind gering.

Der italienischerseits befürchtete Zusammenstoß deutscher und italienischer Truppen ist in Mazedonien am 12. Februar erfolgt und hat den Italienern ihre Stellungen südlich der Höhe 1050 bei Paralovo gelöst. Mit Rücksicht auf die Stimmung in Italien, wo die Presse wiederholt Befürchtungen über eine Offensive im Trentino unter deutscher Beteiligung äußerte, haben die Italiener diese Niederlage mit allen Mitteln zu verschleiern versucht. Der Orientbericht der Entente meldete am 15. die Wiedereroberung der verlorengangenen italienischen Stellungen. Den Sieges- und Jubelhymnen, die italienische Blätter daraufhin über die unvergleichliche Tapferkeit ihrer Truppen anstimmen, muß entgegengehalten werden, daß die vermeintlich zurückgeroberten Stellungen noch immer in deutschen Händen sind. Die Italiener versuchten lediglich am Tage nach ihrer Eroberung einen schwächer durchgeführten und völlig fehlgeschlagenen Gegenstoß. Seitdem ist kein neuer Gegenangriff erfolgt, nicht einmal der Versuch dazu. Inzwischen ist die Stellung deutscherseits planmäßig ausgebaut worden und die deutschen Patrouillen beobachten nach wie vor das Vorfeld auch dieser neuen Stellung.

Ein politisches Ereignis bildet die Interpellation des Abgeordneten Ludwig Hollo von der Karolipartei, die dieser über Fragen der äußeren Politik im Abgeordnetenhaus einbrachte. Hollo beleuchtete hierbei die Ursachen des Weltkrieges und machte verschiedene Bemerkungen über die Politik des Deutschen Reiches. Wiedann befaßte er sich mit der Lage Ungarns nach dem Kriege und forderte eine ungarische Nationalpolitik. Am Schlüsse stellte er die Frage, ob der Ministerpräsident Graf Tisza geneigt sei, einen Parlamentsauschluß zur Erörterung der Friedensbedingungen zu entsenden. Dieser Auschluß sollte sich mit der Frage der allgemeinen Abrüstung, der Freiheit des Handels der Nationen, der Aushaltung wirtschaftlicher Gegenseitigkeiten zwischen ihnen und der Anerkennung der Selbständigkeit historischer Nationen befaßten.

Ministerpräsident Graf Tisza erwiderte, er müsse gegen eine Darstellung gewisser Tatsachen und Ereignisse protestieren, welche der historischen Treue widersprechen und nur schädlich sein können. Vor allem protestierte er dagegen, daß der Abgeordnete Hollo die Vorgeschichte des Krieges so dargestellt habe, als ob dieser Krieg uns nicht von einem von bösen Angriffsabsichten erfüllten Feind ausgeworfen, sondern als ob er durch eine in der deutschen Politik eingetretene Wendung her vorgetragen worden sei. Er verstehe nicht, daß ein Mann im ungarischen Parlament finde, der eine solche Rolle übernehme. Die Ausdehnung, die das Deutsche Reich seit 1871 zeigte, sei eine Friedliche, wirtschaftliche und kulturelle Ausdehnung, die die Unabhängigkeit, die Existenz und die Lebensinteressen seiner einzigen anderen Nation, und keines einzigen anderen Staates bedrohte und die, wenn sie auch für sich einen Platz an der Sonne wünschte, doch niemanden aus der Sonne verdrängen wollte. Es sei eine tendenziöse und böswillige Entstellung des Tatbestandes seitens unserer Feinde, wenn sie vor ihrer eigenen öffentlichen Meinung die heutige Lage so erklärten, als hätten sie sich gegen die Eroberungsabsichten und gegen andere Nationen bedrohende Machtschwüren Deutschlands verteidigen müssen. Die Geschichte eines Menschenalters lehre, daß der europäische Friede stets dann bedroht war, wenn die Kräfte Frankreichs und des russischen Reiches für europäische politische Ziele frei waren und stets habe die ganze Welt den europäischen Frieden für gefährdet angesehen, wenn diese Kräfte anderswo Komplikationen hätten, sie also zum Angriff nicht bereit waren. Hinsichtlich der Kolonialpolitik, von der Abgeordnete Hollo gesprochen habe, sei es doch sehr natürlich, daß ein Reich, das so expansive wirtschaftliche Kräfte wie Deutschland, daran strebe, Kolonialpolitik zu treiben, aber man möge doch die Kolonialpolitik Deutschlands in den letzten dreißig Jahren mit der Kolonialpolitik anderer Großmächte vergleichen. Welcher Staat habe eine seine Unabhängigkeit neben-



## Das fällige Versprechen.

So ziemlich jeder Tag bringt uns eine neue Versicherung von landwirtschaftlicher Seite, daß die Landwirte jetzt alles tun wollen, um die Not des Volkes zu lindern. Heute registrieren wir die folgende Versicherung, die auf der Bündler-Parade abgegeben wurde:

"Zur voller Erkenntnis des Ernstes der Lage, aber auch in ungebrochenem Opfermut, wollen wir die 18000 Landwirte alles geben, was wir haben, schaffen, was Menschenkraft zu schaffen vermag, und mit dem gesamten deutschen Volke Entbehrung und Einschränkung teilen und auch unsererseits alle Kraft daran sehen, um den Teil des Kampfes siegreich zu besiegen, den zu führen wir verusen sind."

## Amerika.

Amerikanische Truppen auf Kuba gelandet. Der "Vasser Anzeiger" meldet aus Paris: Der "New York Herald" brachte aus New York, daß in Santiago auf Kuba amerikanische Truppen gelandet wurden.

Staatsstreich in Costa Rica. Laut "Vasser Nachrichten" berichtete Pariser Blätter von einem Staatsstreich in Costa Rica. Der Präsident der Republik hat das Land verlassen, die provisorische Regierung wurde vom Kriegsminister übernommen

# Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Februar. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Nebel und Regen verlief der Tag in den meisten Abschnitten ruhig. An einzelnen Stellen der Artois- und Sommefront, auch zwischen Marne und Mosel, kam es zu räumlich begrenzten Gefechten von Erkundungsabteilungen. Mehrere Gefangene sind eingebrochen worden.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Smorgon, westlich von Lutsk, sowie zwischen Złoty Lipa und Narowka war das Artillerie- und Minenwerferfeuer lebhafter als sonst. Bei Zwierzyn, östlich von Błocław, drangen unsere Stoßtruppen in die russischen Stellungen und lehrten nach Sprengung von 4 Minenstollen mit 250 Gefangenen dabei 3 Offiziere, und 2 Maschinengewehre zurück.

Südlich von Brzeżany war gleichfalls ein Erkundungsversuch erfolgreich.

## Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Nichts geändert.

## Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Unsere Sicherungsposen wiesen in der Serethiederung bei Kobyl den Angriff mehrerer russischer Kompanien ab.

## Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

## Was Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 23. Februar.

Haltlose Gerüchte. Immer wieder tauchen in allen Teilen der Bevölkerung Gerüchte auf, die ohne weiteres schon den Stempel des Falsches an der Stirn tragen. Leider scheinen sich an ihrer Verbreitung auch Persönlichkeiten zu beteiligen, von deren Verständnis man eher eine Verhöhnung ihrer weniger urteilsfähigen Nachbarn erwarten sollte. Die lange Kriegszeit hätte wohl allmählich Lehren können, was von derartigen unfließigen Gerüchten zu halten ist. Um so schärfer müssen diese gemessenlosen Schwätzereien verurteilt werden. Für diejenigen, die sich nicht durch ihre eigene Vernunft und ihr eigenes Verantwortungsgefühl von der Verbreitung falscher Gerüchte abhalten lassen, sei nachdrücklich daran erinnert, daß durch die Verordnung des Stellvertretenden kommandierenden Generals vom 13. Juli 1915 die höflichste oder auch nur fahrlässige Verbreitung unmährer Kriegsnachrichten unter strenger Freiheitsstrafe gestellt ist. Es ist in den jüngsten Zeiten Pflicht eines jeden, derartige gewissenlose Schwätzereien den amtlichen Stellen zur Anzeige zu bringen, damit sie zur stärksten Verantwortung gezogen werden können.

Gefangenengruppen und Marmelade. Nach der heutigen Bekanntmachung der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle sollen in der Zeit vom 26. Februar bis 3. März 125 Gramm Gefangenengrauen und 57½ Gramm Marmelade (Kriegsmus) zur Ausgabe gelangen. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle ist nicht damit zu rechnen, daß in jeder Woche ein Aufschlußmittel zur Verteilung gelangen kann. Wenn nun wie in diesem Falle, für jede Person ½ Pfund Marmelade verteilt wird, so ist damit der Bedarf für eine längere Zeit als eine Woche zu decken.

Mit aktuellen Kriegs- und Parteifragen beschäftigt sich der unsern Lesern bekannte Lübecker Genosse Franz A. in nachstehendem an uns gerichteten Feldpostbriefe:

Am 3. Februar 1917.

Mein lieber L.

Nun sind schon wieder mehrere Wochen vergangen, seitdem wir in Lübeck das neue Jahr begrüßten. Sie waren von jeher Optimist, wenn das Ende dieser blutigen Zeit erwartet wurde. Und damals, in der Minute, wo das alte Jahr dem neuen die Hand reichte, glaubten sie von der kommenden Zeit bald Gutes zu erwarten zu können. Die Hoffnung auf unser Friedensangebot, die Notfalls, auf welche ich manche Hoffnung baute, haben Sie enttauscht, wie so viele Millionen. Alle Bemühungen, dieses Menschenmorden zu beenden, waren vergebens. Seit mehreren Wochen wissen wir, um was es sich handelt. Immer verständlicher wird es uns, des die, welche einen Frieden diktieren wollen, den Krieg verursacht und vorbereitet haben. Manche Staatsmänner in England des Rechts, unsere Frauen und Kinder hungern zu lassen? Benutzten sie ihre Macht dazu, wer will uns verwehren ein gleiches zu tun, um zum Ziele zu kommen? Alles dreht sich um den Erfolg. Ein anderes Kapitel bilden ja die Neutralen. Wir werden sicher bald auch diese hören, und nur in zwei Sprachen. Eine verständige und eine, die den Beweis erbringt, daß wir Deutsche immer noch Barbaren sind. Wie es auch sein mag, es bleibt ein Mittel zum Zweck. Wirds uns dem einen Tag näher bringen? Wären wir alle wieder mal Optimisten, die sich nicht täuschen.

Etwas schneller wie der Streit auf blütiger Wallstatt scheint ja die Entscheidung innerhalb der Partei vor sich zu gehen. Es bedauerlich es auch sein mag, es muß doch bald eine Schiedung erfolgen. So könnte es nicht länger weiter gehen. Die letzten Vorgänge im Preußischen Parlament waren ein neuer Beweis für die Richtung und Willen in der Arbeitsgemeinschaft. Betrachtet man das ganze Verhalten, nicht zuletzt die Konferenz und dann die Beförderung, daß nur sie für die Einheit der Partei freiden, dann wundert man sich doch nicht wenig. Sie handeln gegen alle Grundsätze der Demokratie und sind ganz entrüstet, wenn die Mehrheit nicht ihr Ja und Amen dazu sagt. Gerade sie berufen sich immer auf die Mitglieder hier an der Front. Glauben Sie dem wirklich, daß Stahl, Eisen, Entbehrlung und Strapazen eine andere politisch Anstrengung erzeugen? Es mag bei diesen oder jenen zutreffen, aber nicht im allgemeinen. Es heißt dem Erkenntnisvermögen des deutschen Arbeiters Abbruch tun, wollte die Arbeitsgemeinschaft hierauf ihre Hoffnungen bauen. Einen Frieden um jeden Preis hätte doch gewiß zur Folge ein Leben voller Entbehrungen und des dauernden Hungers. Wir wissen alle, daß unsere Zukunft so wie sie nicht rosig sein wird, aber schon heute müssen wir alle Kraft anwenden, das kleinere Nebel der größeren vorzuziehen. Man hat uns keine Wege vorgeblendet, um den Frieden sinnvoller herbeizuführen. So kann man den Schrift des Parteausschusses nur billigen. Wer eine Partei innerhalb der Partei gründet, muß sich gefallen lassen, als Auflösung behandelt zu werden.

Wie bewegt ist doch diese Zeit. War doch dieses Weltentdrama auch die Ursache zur Spaltung unserer politischen Organisation. Den Massenmord unmöglich zu machen, war der Wille aller Proletarier. Aber der Krieg ist dennoch gekommen. Nun muß er leider ausgesetzt werden und die Partei hat es gewollt, doch Gegner entstanden, die Komraden im Wirtschaftskomitee waren.

Sonst geht hier alles seinen alten Gang. Die große Ruhe ist wohl der Vorboten des großen Entscheidungskampfes. Werdet zu Stahl. Ja, es würde uns gut tun. Wir wurden den Granaten des Feindes so manches Schnippchen schlagen. Wird diese kalte Winterlandschaft noch Zeuge unserer Zukunft sein oder wird diese anderenorts, ferner liegen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, wann wird's zur Entladung kommen? Nun möchte den Atem anhalten, vor dem was kommen wird, und doch muß auch diese bittere Bille genommen werden, in der Hoffnung, das sie zur Erfahrung beitragen werde!

Leben Sie wohl, mit Wohl

Fritz F. A.

Die Auslösung der Plätze für die Vorstellung des Arbeitersbildungvereins im Stadttheater findet morgen Sonntag — oben von 8½—9 Uhr im Gewerbeschauhaus statt. Zugleich möchten wir darauf hinweisen, daß die Vorstellung Sonntag nachmittag um 1 Uhr beginnt und daß es deshalb dringend notwendig ist, um Störungen zu verhindern, daß die Besucher spätestens 2½ Uhr im Theater sind. bemerkte sei noch, daß die Programme von jetzt ab 10 Pf. kosten.

k. Heimstätten. Uns wird geschrieben: Die Heimstättbewegung gewinnt auch in Lübeck zunehmend an Boden. Der beständige gemeinnützige Heimstättengesellschaft, die zuerst den Gedanken des Eigenheims für Minderebenen in größerem Umfang in die Tat umgesetzt hat, sind in der letzten Zeit weitere Mittel zu geslossen, die es ihr ermöglichen werden, nach dem Kriege ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, sobald die Verhältnisse des Baugutes dies zulassen werden. Der Gesellschaft sind neuerdings mehrere Herren mit Geschäftsanteilen in einer Gesamthöhe von 22 000 M. beigetreten. Ein anderes Mitglied hat seinen bisherigen Anteil von 1000 M. auf 10 000 M. erhöht. Ferner hat ein warmherziger Freund der Heimstättbewegung, der bereits Weihnachten 1915 der Gesellschaft 20 000 M. für gemeinnützige Zwecke gestiftet hatte, auch Weihnachten 1916 eine hochfreudliche Stiftung und zwar in Höhe von 30 000 M. der Gesellschaft überwiesen. Bei manchen, dessen Sinn nach einem Eigenheim steht, besteht der Wunsch, jenen jetzt einen Platz auf dem Gelände der Gesellschaft zu erwerben, trotzdem zurzeit bekanntlich die Errichtung von Wohnhäusern unmöglich ist. Die Gesellschaft ist bereit, solchen Wünschen zu entsprechen und Plätze mit der Bedingung zu verkaufen, daß nach Beendigung des Krieges ein Einmonatenhaus auf dem Platz errichtet wird. Das hat für den Käufer den Vorteil, daß er sich schon jetzt einen günstig gelegenen Platz sichern, diesen für den Gemüebau ausnutzen und das Gartenland fruchtbringend mit Obstbäumen bepflanzen kann.

pb. Diebstähle. In der Nacht zum 19. d. Ms. sind aus einem Eisenbahnwagen auf dem Güterbahnhof 8½ Kisten Apfeln gestohlen worden. — In der Nacht zum 22. d. Ms. sind aus einem Verkaufsladen in Künshausen 10 Glasgläser mit Krabben in Gelee, 8 Glashäfen mit Heringen in Gelee und ein Spannsack mit 206 Eiern gestohlen worden.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Steinförd, der aus einer kleinen Fabrik eine größere Menge Muschelfleisch in Gelee gestohlen hatte.

Gutin. Tagegelder und Reisekosten der Oldenburgischen Landtagsabgeordneten. Ein Gesetz über die Gehaltsfestsetzung des Landtages besagt: Die Abgeordneten erhalten an Tagessatz für die Dauer des jährlichen ordentlichen Landtages ohne Rücksicht auf Vergütungen eine Haushaltsumme von 1000 Mark oder, wenn sie am Versammlungsort des Landtages wohnen, von 500 M., zahlbar je zur Hälfte bei Beginn und Schluss des Landtages. Ein Abgeordneter wird als am Versammlungsort Oldenburg wohnhaft angesehen, wenn er innerhalb eines Umkreises von zwei Kilometern in der Lustlinie vom Schloßturm oder in der Stadt Oldenburg im engeren Sinne wohnt. Wenn der Landtag zur Erledigung bestimmter Gesetzgebungs- oder anderer Angelegenheiten außerordentlich berufen wird, bezahlen die Abgeordneten außerdem Tagessätze von 12 oder 6 Mark, die vom Tage des Beginnes der Versammlung für deren Dauer zu berechnet sind. Die Mitglieder des Gesamtvorstandes haben noch für drei Tage nach der Vergütung oder Beendigung des Landtages, wenn sie bis dahin Landtagsgeschäfte erledigt haben, Tagessätze von 12 Mark oder 6 Mark zu berechnen. Für Tage, an denen ein Abgeordneter beurlaubt gewesen ist oder in einer Sitzung des Landtages geschäft hat, ohne durch Krankheit oder Landtagsangesehene Gelegenheiten verhindert zu sein, werden je 12 Mark oder 6 Mark an der Haushaltsumme gefürzt. Wenn ein Abgeordneter während der Dauer des ordentlichen Landtages stirbt oder ausscheidet, tritt an die Stelle der Haushaltsumme der Betrag, der sich aus der Berechnung von Einzeltagessätzen in der angegebenen Höhe ergibt, sofern er niedriger ist, als die Haushaltsumme. Der Anweisung der Tagessatzrechnung wird eine Bemerkung, ob und wie lange der Abgeordnete beurlaubt oder im Sinne des vorliegenden Ablasses gewesen ist, unter Anlegung der von ihm nach § 106 gemachten Anzeige beigefügt. Am Reisekosten werden vergütet: 1. den Abgeordneten, die in der Provinz, in der der Landtag sich versammelt, ihren Wohnsitz haben, die bare Auslagen für die Hin- und Rückreise, 2. den Abgeordneten aus einer anderen Provinz für die jedesmalige Reise a) zwischen dem Herzogtum und dem Fürstentum Lübeck 45 Mark, b) zwischen dem Herzogtum und dem Fürstentum Bützow 65 Mark, c) zwischen den beiden Fürstentümern 80 Mark.

Hamburg. 6-Uhr-Abendnachzug. Nach einer Bekanntmachung der Polizeibehörde sind vom 23. Februar ab die Löden, ausgenommen die Lebensmittelläden und Apotheken, außer am Sonnabend schon um 6 Uhr abends zu schließen. — Wieder ein Opfer eines unseligen Kindersports. Beim Hindernislauf am Treppengeländer, ein Leider noch vielgrößer Kind, stürzte der sechsjährige Knabe Holzapfel in der elterlichen Wohnung ab und blieb schwer verletzt liegen. Bald nach seiner Entfernung in das Eppendorfer Krankenhaus starb das unglaubliche Kind an dem erlittenen Schädelbruch. — Beim Spiel in den Tod. Als der Niendorfer Straße 96 wohnende Schulknabe Holz des Eis des Mühlenteichs betrat, brach die trügerische Eisdecke und der Knabe versank. Sofort angeflossene Rettungsversuche waren von Erfolg geprägt. Es gelang, den Knaben dem nassen Element zu entreißen. Angestellte Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos.

Schönberg. Reichstagssatzwahl in Mecklenburg-Strelitz. Der sozialdemokratische Bezirksvorstand beschäftigte sich mit der durch den Tod des Abgeordneten Roland Küttel im Strelitzer Wahlkreis sich notwendig machenden Reichstagswahl. Man wird den Genossen des Wahlkreises vor schlagenden Burgfrieden zu wählen.

Kratow. Glückliches Kratow! In einer Sitzung vom Rat und Bürgerschaft der Stadt Kratow kam zur Mitteilung, daß eine neue Gemeindebevölkerungsverordnung ausgearbeitet sei. Vorgeschlagen wurde in Anbetracht der günstigen Haushaltssituation vom ersten Steuererhebung im ersten Halbjahr 1917 überhaupt abzusehen. Die Beschlusssitzung hierüber wurde ausgeführt.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 4 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Heilig sei die der Tag. Von Dr. med. S. Dräger. — Mein Begräbnis. Von Hans Heine. — Ewers. (Schluß). — Hilfsdienstiges und jugendliche Arbeiter. II. Von A. Wissel. — Die Schrift der alten Germanen. Von Paul Barthel. (Mit Abbildungen). — Das Petroleum. — Die ununterbrochene Batterie. Von Karl Broger. — Der preußische Kunstmaler und die Freie Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit.

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul König, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwaak. Druck: Friedt. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelebte Nummern des „Volksboten“ bitten wir nicht wegzwerfen. sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. — Mit einer jeden Parteigenossen, für

einen Gewinn, das aus dem Schlangen kam.“



## Deutscher Reichstag.

Eigener Bericht des „Lübeder Volksboten“.)

Berlin, 22. Februar 1917.

81 Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesstatthalter Dr. Helfferich, Roedern, Zimmermann.

Präsident Dr. Kaempf begrüßt die Abgeordneten und enthebt auch dankbaren und bewundernden Gruß dem Heer und der Flotte sowie ihren genialen Führern und seiner dem ganzen Volke, das wie nie zuvor an der Arbeit ist, trotz aller Schwierigkeiten für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu arbeiten. (Bravo!)

Präsident Kaempf gedenkt dann des seit dem letzten Zusammensein des Reichstages verstorbenen Abg. Roland-Lütke und des am 5. Januar auf dem Schlachtfeld gefallenen Abgeordneten von Meding. (Deutsche Fraktion.)

Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Der Präsident begrüßt dann noch besonders den Abg. Fürst Radziwill, der nach mehr als anderthalbjähriger Internierung aus Russland zurückgekehrt ist.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzentwurf betreffend Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitägericht.

Ministerialdirektor Lewald begründet die Vorlage mit der durch den Krieg verursachten großen Belastung des Reichsmilitägerichts.

Stadthagen (Soz. Arb.): Man muß doch den Ursachen der Überlastung des Reichsmilitägerichts nachgehen, gegen die hier eine der Zahl und der Zeit nach unbegrenzte Fortsetzung der Richter gefordert wird. Am 7. April 1916 erfuhr der Reichstag den Reichsantritt, gleichzeitig eine Vorlage um Heraushebung der Mindeststrafen nach dem Militärstrafgesetzbuch zu machen. Wäre dies geschehen, so wäre schon längst eine Entlastung des Reichsmilitägerichts eingetreten. Die Begründung des Entwurfs sagt, daß die auf Grund des Belagerungsgesetzes in ihrem Aufenthalt Beschränkungen zum großen Teil von dem Rechtsmittel der Beschwerde Gebrauch machen werden, und schreibt unmittelbar darauf fort: „Die Mehrbelastung des Gerichtshofes wird sich gerade in den nächsten Monaten besonders fühlen müssen.“ Das klingt ganz so, als ob gepflanzt ist, das Belagerungsgesetz in verschiedenem Umfang anzuwenden. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Deshalb ist es notwendig zu erwägen, ob nicht die Beschwerdeinstanzen gegen die Eingriffe durch das Belagerungsgesetz zu erweitern sind. Doppelt notwendig ist dieses angesichts der Unterdrückungen von Zeitungen, der Unterdrückung der Pressefreiheit, der Eingriffe in die Wahlfreiheit, wie sie im Kreise Potsdam-Osthavelland geschehen sind, wo den Wählern des Kandidaten Mehring das Verhältnisrecht bekräftigt worden ist. Ein sehr gutes Mittel zur Entlastung der Gerichte hinzutragen wäre, die persönliche Verantwortung der einzelnen Beamten für ihre Handlungen einzuführen. (Schr wahr! bei der Soz. Arb.) Der Notwendigkeit, in Augenblick einige Hilfsrichter zu ernennen, verzichten wir uns nicht. Über der Zeitpunkt ihrer Funktion und ihre Zahl muß besprochen sein. Sie müssen in einer Kommission festgestellt werden, an die wir das Gesetz zu verweisen beantragen.

Landsberg (SD.): Die Erhebung unnötiger Anklagen ist gewiß nicht wünschenswert. Es leuchtet uns aber ein, daß das Gesetz vom 4. Dezember zu einer gewaltigen Steigerung der Sache beim Reichsmilitägericht führen mußte. Zu ihrer Bewältigung sind die für die Friedenszeit vorgesehene Zahl von Richtern nicht ausreichen. Das Gesetz bringt daher einen kleinen Fortschritt und meine Freunde würden bereit sein, es heute bereits zu verabschieden. Da jedoch Kommissionsberatung beantragt ist, werden wir diesem Antrage zustimmen.

Döde (Sp.): Die bestehende Hand an das Gesetz vom 4. Dezember ist bei der Beratung des Justizrats anzulegen. Jetzt wollen wir den kleinen Fortschritt, den der vorliegende Entwurf bringt, nicht durch eine Kommissionsberatung verzögern.

Mertin (Deutsche Fraktion): Auch meine Freunde halten eine Kommissionsberatung nicht für erforderlich.

Fehrenbach (Btr.): Die Schwierigkeiten einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs erkennen wir nicht. Sie ist aber außerordentlich dringlich. Es ist geradezu ein Jammer, wenn man sieht, wie die Gerichte das Recht beugen, und an beugen müssen, um über die entfehlenden Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches hinwegzukommen. Eine große Belastung des Reichsmilitägerichts ergibt sich auch durch die Art, wie das Schuhhaftgesetz den unteren Behörden gehandhabt wird. Wenn ein Gouverneur nach dem Gesetz überhaupt nicht fragt, so muß auch ihm der militärische Gehorsam gegen die Anordnungen der höchsten militärischen Oberbefehlshaber beigebracht werden. (Lebhafte Zustimmung.) An sich wäre es nicht ungeeignet, diese Dinge in einer Kommission zu besprechen. Aber das vorliegende Gesetz ist klar, absolut notwendig und muß rasch erledigt werden. Auf die angebauten Dinge behalte ich mir vor, beim Justizrat einzugehen. Hoffentlich ist bis dahin ein großer Teil der Beschwerden schon erledigt.

Der Auftrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Soz. Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Ein von allen Parteien eingebrachter Antrag „Zur Vorberatung der Ernährungsfragen“ einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzurichten, wird debattiert.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Schluß der Sitzung 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr pünktlich. (Kleine Anfragen, erste Lesung des Gesetzes und der Kriegssteuern.)

## Die Rationierung in Holland.

Haag, den 20. Februar.

Mit Riesenschritten geht es jetzt in Holland der Rationierung entgegen. Nur daß sie in organisatorischer Beziehung noch mehr zu wünschen übrig lässt als die Durchführung des neuen, am 1. Oktober formal in Kraft getretenen Gesetzes betreffend die Versorgung von Lebensmitteln seitens der Regierung an die Gemeinden, die solche zu beziehen wünschten. Der Hauptmangel ist der, daß der Minister wohl das Höchstquantum für einzelne Lebensmittel feststellt, das die Gemeinden nach Maßgabe ihrer Bevölkerungszahl bekommen können, aber keinerlei Garantie dafür übernehmen wird, daß diese Quanten auch geliefert werden. So werden also auch diese neuen Bestimmungen zum guten Teil auf dem Papier stehen bleiben. Das war nach den im letzten halben Jahre gemachten Erfahrungen nicht nur mit Sicherheit zu erwarten, sondern diese Besicherung wird bestätigt durch eine informatorische Mitteilung, die dieser Tage der Vorsteher der Lebensmittel-Kommission von Amsterdam, der sozialdemokratische Stadtrat Vibaut, den Vertretern der Presse machte. Danach wird die Rationierung in Amsterdam, welche Gemeinde unstreitig die relativ größten Anstrengungen zu einer möglichst plüschigen Durchführung der Lebensmittelverteilung macht, sich im besten Falle in folgender Weise gestalten.

Vibaut schreibt ausdrücklich voraus, daß nicht wie in Deutschland, die festgesetzte Menge auch gegeben, sondern daß innerhalb der vom Minister bestimmten Höchstmenge nur ein Quantum nach Maßgabe dessen verteilt werden kann, was die Gemeinde tatsächlich bekommen wird. Der Vorrat soll jede Woche ermittelt und danach für die folgende Woche das Quantum bestimmt werden.

Was die Verteilung von Kartoffeln betrifft (die es in Großstädten schon seit mehr denn drei Wochen nicht mehr gibt und voron die Höchstmenge auf 6 Pfund per Kopf und Woche angesetzt ist), so seien diese schwer zu erreichen und oben drein durch die Störung der Transportwege unsicher, so daß Amsterdam trotz rechtzeitiger Bestellung auch in den nächsten zwei Wochen noch ohne endende Anzahl bleiben werde, um die Ration vereinfachen zu können. Deshalb soll in den kommenden Wochen an je drei Tagen statt Kartoffeln Reis abgerechnet werden, der unfehlbar den gleichen Nährwert hat. Die breite Masse, so führt Vibaut aus, werde sich also in der Haupstadt an der Brot (vorläufige Wochenration 2800 Gramm einschließlich 250 Gramm Mehl) zufrieden geben müssen. Es werden für die kartoffellosen Tage durchschnittlich 150 Gramm Reis per Kopf berechnet, welche Menge derjenigen gleichkomme, die für den Fall einer Belagerung in Amsterdam vorgesehen sei.

Die Verteilung von Brot und Brathett (Höchstmenge: 50 Gramm per Kopf und Woche) werde keine Schwierigkeiten machen, weil der Vorrat ein so geringer und deshalb leicht überstreichbar sei. (Der Verkauf von Butter, Margarine und Bananenrett ist vorläufig noch nicht in die Rationierung einbezogen.)

Erbsen und Bohnen (Höchstmenge 1 Pfund per Kopf und Woche), von welchen Hülsenfrüchten trotz Verteilungsgesetz seit dem verflossenen Herbst monatelang nichts zu haben war, sind, wie Vibaut zugab, allerdings sehr knapp. Deshalb könnten auch keine Hülsenfrüchte an Stelle der fehlenden Kartoffeln gegeben werden. Aus seinen weiteren Ausführungen ging jedoch hervor, daß der tatsächliche Vorrat an Hülsenfrüchten so gering ist, daß nicht einmal die vorgeschene Ration von einem Pfund per Kopf und Woche abgegeben werden kann, sondern vorläufig nur drei Wochen je 100 Gramm und die vierte Woche 200 Gramm. Die Verteilung von Reis, Grüne und Haferflocken soll sich in Amsterdam in der Praxis wie folgt gestalten: Eine Woche gibt es 200 Gramm Reis, die andere Woche 200 Gramm Reis und 100 Gramm Grüne oder Haferflocken. Von der Ration welche Seife, deren Höchstmenge auf 1 Pfund in vier Wochen bestimmt ist, werden drei Wochen je 100 Gramm, die vierte Woche 200 Gramm zur Verteilung kommen.

Der letzte der rationierten Artikel ist Schweinefleisch. Die Gemeinden sollen acht Schweine von je mindestens 100 Kilo Schlachtgewicht auf je 1000 Einwohner per vier Wochen bekommen. Das macht, so fügt Vibaut hinzu, für Amsterdam ungefähr 1200 Schweine in vier Wochen oder etwas mehr als dort bisher verbraucht wurde. Eine Rationierung per Kopf lasse sich jedoch, so meinte Vibaut, hier nicht gut durchführen, da der einzelne Fleischorter zu viele wären. Sollte sich jedoch herausstellen, daß ein Standort an Schweinefleisch entstellt (gemeint war wohl durch Samsterei seitens der zahlungsfähigeren Leute), dann werde man freilich auch das Schweinefleisch rationieren müssen und zwar mit 200 Gramm per Kopf und Woche.

Bedenkt man, daß die ganze Rationierung, was ihre praktische Seite angeht, selbst bei der als müßigstig geltenden Arbeit der Amsterdamer Lebensmittelkommission recht problematisch anmutet, noch bevor sie in die Praxis umgesetzt wird, so sind die Aussichten für eine gut durchführte Rationierung in anderen Gemeinden alles andere, denn zuverlässlicher zu nennen. Außer zu Studien und praktischen Versuchen hat es wahrlich in Holland nicht gelehrt. Aber man scheint den ganzen Ernst der kommenden Situation am spät begriffen zu haben. Dafür gab in der jüngsten Stadtverordneten-Versammlung zu Rotterdam ein sozialdemokratischer Stadtverordneter einen typischen Ausdruck des Ministers für Landbau u. w. zum Besten. Gelegentlich einer Audienz beim Landbauminister in Sachen der Lebensmittelnot hatte der Genosse erinnert, daß es u. a. auch seiner Frau unmöglich gewesen, Erbsen oder Bohnen zu bekommen, die auf dem Papier seit vorigen Herbst von der Regierung zur Verfügung gestellt waren. Worauf der Minister scherzend antwortete habe: „Dann hat eben jemand anders Ihre Portion gegessen!“

## Ernährungsfragen.

Die Milchwirtschaft rüttet nach höheren Preisen!

Im Rahmen der großen Landwirtschaftswoche hielt der Deutsche Milchwirtschaftliche Verein eine Gesamtversammlung und Mitgliederversammlung ab, die sich mit den Fragen der Sicherung unserer Milchwirtschaft beschäftigte. Die Lage der Milchwirtschaft in Deutschland wurde als nicht befriedigend bezeichnet. Gehirner Hofmarkpräsident Dr. Kirchner (Leipzig) unterhielt in einem längeren Vortrage, was geschehen müsse, um die deutsche Milchwirtschaft im Kriege wie in Friedenszeiten lohnender zu gestalten.

Wir haben, so führte der Redner aus, 11 Millionen Kühe in Deutschland, die jährlich 22 Milliarden Liter Milch liefern im Gehaltsbeitrag von 2½ Milliarden Mark, unter Zugrundeziehung des Stallvertrages vor dem Kriege. Die Milchwirtschaft erzielt also annähernd denselben Ertrag wie unsere Körnererzeugung. Leider stehen in unseren Stallungen noch immer zu viele Kühe, die das Futter und die Wiese nicht lohnen. Bei der Futureinkapazität ist es notwendiger als je, mit den Futtermitteln aufsparmäßig umzugehen, und sie aufs äußerste auszunutzen. Das bedingt, daß alle mangelschaffenden Milchkühe ausgemerzt und eine, wenn auch kleinere Zahl, dafür aber ergiebige, durchgeholt werden. Nicht die Zahl der Kühe, sondern deren Eigenschaften

Sofia Semenowna persönlich anspricht, so blide ich jetzt auf deren Beruf wie auf einen energischen, personifizierten Protest gegen die herrschende Geschäftsförderung und acht sie hoch; im freien mich sogar, wenn ich ihrer ansichtig werde.“

„Aber man bei mir doch erschöt, das Ihr sie aus der Wohnung getrieben hättest.“

„Verehrte Sofja und heis ohne Gefäß, merkt Euch dies gesäßlich, Ihr versteht nichts.“ In der Kommission gibt es derartige Rollen nicht. Dieselbe schenkt dazu da, damit derartige Erfahrungen nicht mehr möglich seien. In der Kommission vertritt der Stand seine ganze legitime Bedeutung, und was hier wichtig erachtet wird dort verstanden, was hier unter abwehrenden Verhältnissen unanständig, wird dort vollständig naturgemäß werden. Alles hängt davon ab, in welchen Verhältnissen und in welcher Umgebung sich ein Mensch befindet; alles hängt von der Wohnung ab, ob das Individuum hier keine Bedeutung. Mit Sofia Semenowna habe ich in den besten Beziehungen, auch jetzt noch, wofür Euch als Beweis dienen mag, daß sie mich für Ihren Stand und Verfolger gehalten hat. Ja! Ja! Werde ich nur in der Kommission eingeführt, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. Was erlaubt Euch hierbei lächerlich? Wir wollen unsere eigene Kommission errichten, eine ganz besondere, die auf noch mehr erweiterten Prinzipien beruhen soll, als die früheren. Wir sind zu weit gegangen in unseren Überzeugungen und verneinten zu viel! Wenn Dobrolyubow aus dem Grade wieder aufersteht, dann würde ich mit ihm streiten, bestimmt möchte ich durchdringen. Was sagst du mir darüber? Sofja Semenowna ausbildung.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich so gewaltig, so bestimmt und prüfhaftend.“

„Wort gegen Wort.“

„Und dieses vorzüllige Naturrell würde Ihr zu benutzen nicht wahr?“

„Nein, nein, o nein! Im Gegenteil!“

„Ach ja, im Gegenteil! Hababa!“

„Glaube mir nur, welche Ursachen hätte ich auch, vor Euch etwas zu verheimlichen, sagt mir gefällig? Nur eines läßt mir an Ihr auf; Sie verhält sich gegen mich

